

Die Wohnungsfürsorge für das Bundespersonal in Basel

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **35 (1960)**

Heft 4

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-103189>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Basler Brief

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist in Basel von besonderer Art. Eingepfercht zwischen dem Elsaß, Baden-Württemberg und dem Kanton Baselland, sind wir mit unseren 37 km² Oberfläche ein landarmer Kanton. Rechnen wir davon rund 5 km² ab, die für öffentliche Straßen, Plätze und Anlagen benötigt werden, berücksichtigen wir ferner die Parzellen für unsere Industrie, unseren Handel und für das Gewerbe, so bleibt uns nach Abzug des unproduktiven Gebietes nicht mehr viel, um den Wohnungsbau von dieser Seite her zu fördern.

Im Gegensatz zu dieser Landknappheit nimmt aber die Wohnbevölkerung laufend zu. Während 1945 noch 169 000 Personen in unserem Kanton wohnten, so stieg die Bevölkerungszahl Ende 1958 auf rund 220 000. Wie weit die gute Beschäftigungslage zur Zuzugsfreudigkeit beigetragen hat, kann daraus entnommen werden, daß in diesen 13 Jahren sich die Kantonsbürger von 90 000 um 8000 auf 98 000 Personen vermehrten, während der Anteil der übrigen Schweizer von 70 000 auf 101 000 im Jahre 1958 gestiegen ist. Diese Entwicklung hat an den Wohnungsbau gewaltige Anforderungen gestellt.

Zur Aufnahme des Bevölkerungszuwachses mußten in diesen 13 Jahren rund 20 000 Wohnungen neu erstellt werden. Wenn Ende 1958 von den insgesamt 78 000 Wohnungen nur deren 29 (teure!) zur Vermietung frei standen, so zeigt sich am besten, wie prekär die Wohnungsmarktlage in Basel ist.

Erfreulicherweise hat der genossenschaftliche Wohnungsbau die Dringlichkeit der Schaffung weiteren Wohnraumes rechtzeitig erkannt. Die dem Bund der Basler Wohngenossenschaften angeschlossenen Bau- und Wohngenossenschaften (insgesamt 85) erstellten rund 7500 Wohnungen, wobei der größte Teil im Zeitraum von 1943 bis 1959 gebaut wurde. Der Erstellungswert dieser Liegenschaften beträgt rund 200 Millionen Franken. Basel ist aber bald ausgebaut. Professor Dr. K. Leibbrand, der im Auftrage des Regierungsrates einen Gesamtverkehrsplan erstellte, rechnet eine Entwicklungsmöglichkeit des Kantons auf etwa 300 000 Einwohner. Dann bleibt wohl nur noch die Entwicklung in die Höhe oder in die Breite – über die Kantonsgrenze hinaus – möglich. Um so verdienstlicher ist es, wenn sich auch heute noch Wohngenossenschaften in den bescheidenen Möglichkeiten zurechtfinden, um ihren Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot zu leisten. Ein solches Werk finden Sie auf den nachfolgenden Seiten. Ein weiteres zeigt die Entwicklungsmöglichkeiten in unserem Nachbarkanton Baselland.

Die Wohnungsfürsorge für das Bundespersonal in Basel

Nach den beamtenrechtlichen Vorschriften hat das Bundespersonal grundsätzlich am Dienort zu wohnen. Ausnahmebewilligungen können nur erteilt werden, wo das auswärtige Wohnen nicht nachteilig auf den Dienst und die Dienstbesorgung einwirkt. Das Personal der Bundesbahnen, der PTT, des Zolls und teilweise auch anderer Verwaltungszweige hat den Dienort öfters zu wechseln, einerseits aus dienstlichen Gründen, andererseits wegen der Beförderungspraxis. Solange auf dem Wohnungsmarkt eine Mangellage herrscht, ist es für dieses Personal nicht leicht, am neuen Arbeitsort den nötigen Wohnraum zu finden. Wartezeiten von mehreren Monaten sind keine Seltenheit. In vielen Fällen wird das Personal auch genötigt, Wohnungen zu beziehen, deren Mietzins im Verhältnis zur Besoldung zu hoch ist. Beamten, Angestellten und Arbeitern mit Früh-, Spät- und Nachtdiensten kann in der Regel auch die Wohnsitznahme außerhalb des Dienortes, verbunden mit einem langen Weg von und zu der Arbeit, nicht zugemutet werden.

Diese Angaben entnehmen wir aus der Begründung einer Motion von Nationalrat Düby, dem Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft, der damit den Bundesrat eingeladen hatte, den Bundesbeschluß über die Wohnungsfürsorge für das Bundespersonal vom 7. Oktober 1947 / 27. Januar 1958 auch auf das Personal der Bundesbahnen, welche die Bauvorhaben ihres Personals bisher aus eigenen Mitteln unterstützten, auszudehnen. Im Auftrag des Bundesrates erklärte sich schließlich Bundesrat Bourgnicht bereit, die Motion als Postulat im Sinne einer Angleichung der Darlehenspraxis der Bundesbahnen an jene der allgemeinen Bundesverwaltung entgegenzunehmen. Er machte hierbei eine interessante Feststellung.

Mit rund 8000 Wohnungen finanzierten die SBB bisher ungefähr einen Siebentel der gesamthaft 60 000 Wohnungen, die vom aktiven und pensionierten Personal besetzt sind, während die allgemeine Bundesverwaltung einen Zwölftel der Wohnungen ihres Personals miterstellen half. Beizufügen ist, daß diese Hilfe regional sehr verschieden erfolgte und beispielsweise in Basel die Hilfe der allgemeinen Bundesverwaltung diejenige der SBB weit übersteigt.

Die Wohnungsbeschaffung erfolgte vor allem auf genossenschaftlicher Basis. In Basel erstellte in der Vorkriegszeit die 1911 gegründete *Eisenbahnerbaugenossenschaft* 194 Wohnungen mit einem damaligen Anlagewert von rund 4 Millionen Franken. Um den akuten Wohnungsmangel für das Bundespersonal zu lindern, wurde 1947 die *Baugenossenschaft des Bundespersonals* gegründet, auf deren Wirken wir im folgenden eingehen und dabei die kürzlich bezogenen Liegenschaften Lindenhofstraße 33–39 illustrieren. Wir stützen uns dabei auf eine Arbeit von Redaktor Carl Miville, welche anlässlich des Wohnungsbezuges verfaßt wurde.

Die Geschichte der Baugenossenschaft des Bundespersonals Basel

Es war im Jahre 1947. Die Wohnungsnot hatte eine bisher nie erreichte Schärfe angenommen. Während im Durchschnitt des Kriegsjahres 1940 noch 1661 leerstehende Wohnungen gezählt worden waren, was damals 3 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes ausmachte, war 1947 – im seither volkreicher gewordenen Kanton Baselstadt – mit durchschnittlich 18 Leerwohnungen ein Prozentsatz an verfügbaren Logis zu registrieren, der sich praktisch an der Nulllinie bewegte.

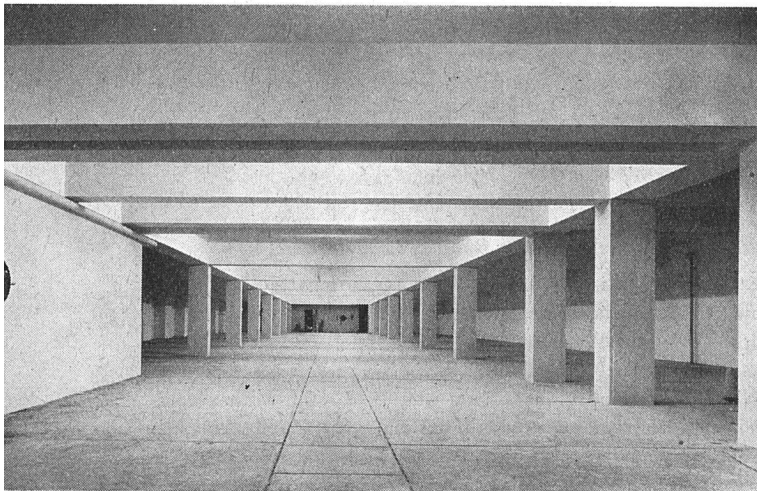


BBB Lindenhofstraße, Südseite — Photo: A. Löhndorf, Basel

Die Benachteiligten dieser Entwicklung waren in allererster Linie die Arbeiter und die kleinen Angestellten. Da sie die teuren Mietzinse der Neuwohnungen nicht bezahlen konnten, wurden sie vom Wohnungsmangel ganz besonders betroffen. Unter ihnen befanden sich weite Teile des Bundespersonals in einer speziell heiklen Lage, nämlich die neu Zugezogenen. SBB, PTT und Zoll könnten bekanntlich ihre Betriebe ohne ständigen Zuzug von Personal aus andern Kantonen nach Basel nicht aufrechterhalten. Dieses Personal, das ja zumeist den unteren Lohnkategorien angehört, hatte es unter den gegebenen Voraussetzungen sehr schwer, in Basel Unterkunft zu finden.

So war es nicht erstaunlich, daß sich die *Platzunion Basel*, die Dachorganisation des gewerkschaftlich organisierten eidgenössischen und öffentlichen Personals, mit dieser eminent sozialen Frage befaßte. Vertreter ihrer Sektionen gründeten am 27. November 1947 die Baugenossenschaft des Bundespersonals Basel, abgekürzt BBB. Erster Präsident war der damalige VPOD-Sekretär Hans Imhof.

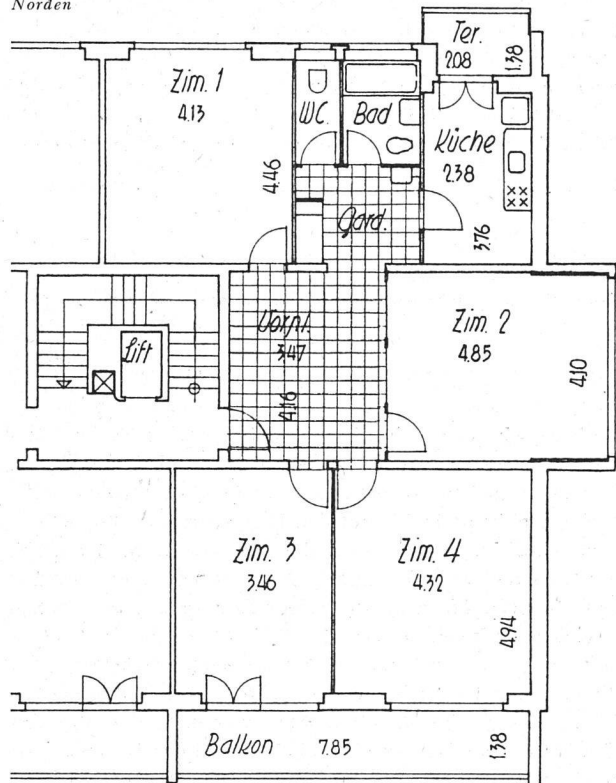
BBB Lindenhofstraße, Autogarage, hauptsächlich von der PTT benützt
Photo: A. Löhndorf, Basel



In den folgenden Jahren wurde ein Bauvorhaben nach dem andern verwirklicht. Bereits im Spätjahr 1947 gelangten Verhandlungen um das Vorkaufsrecht an einer an der *Birs- und Lehenmattstraße* gelegenen Parzelle sowie um vorteilhafte Finanzierungsbedingungen seitens der Eidgenössischen Finanzverwaltung zu erfolgreichem Abschluß. Natürlich kam die BBB auch in den Genuß der damals von Bund und Kantonen ausgerichteten Subventionen für den sozialen Wohnungsbau.

Im Juni 1949 wurden die ersten der 56 Wohnungen an der *Birsstraße* 220 bis 232 bezogen, im Frühjahr 1950 konnten weitere 56 Mietpartien an der *Lehenmattstraße* 271 bis 283 einziehen. Unterdessen hatte das Schweizervolk die weitere Ausrichtung von Wohnbausubventionen in einer Abstimmung abgelehnt; das genossenschaftliche Bauen wurde damit wesentlich erschwert. Die BBB ließ sich aber nicht entmutigen. Schon 1949 war ihr vom damaligen Chef der Zentral-

Plan einer 4-Zimmer-Wohnung
Norden



Süden

stelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr, Dr. E. Bolza, ein Baurecht hinter dem Spülweiher an der Reinacherstraße eingeräumt worden; im Februar 1950 wurde hier mit dem Bau begonnen, und bereits im November konnten weitere 26 Wohnungen an der *Reinacherstraße* 148 bis 156 bezogen werden.

Von nun an mußte ohne Subvention gebaut werden. Immerhin gelang es im Frühjahr 1952, die Vorbereitungen für den Bau der Siedlung *Eidgenossenweg* zu treffen, indem einerseits ein Baurecht des Kantons für das Areal – das damals noch «Wolfareal St. Jakob/Walkeweg» hieß – und andererseits ein zinsloses Darlehen von 320 000 Franken sicher gestellt wurden. Dafür mußten scharfe Einkommensbeschränkungen in Kauf genommen werden. Im Jahre 1953 wurden die 66 Logis am *Eidgenossenweg* 3 bis 20 bezogen. Sie konnten zu Mietzinsen von 116 bis 123 Franken für Zweizimmer-

128 bis 139 Franken für Dreizimmer- und von 152 bis 157 Franken für Vierzimmerwohnungen abgegeben werden. Es folgten die Erstellung der Autoboxen am Walkeweg sowie des prächtigen Spiel- und Sportplatzes Eidgenossenweg, später der Bau der *II. Etappe Reinacherstraße*, drei Blöcke mit den Hausnummern 264 bis 280 und 59 Wohnungen.

Da der Wohnungsmangel weiter akut blieb, suchte die Initiative, unter Leitung des SEV/AVP-Präsidenten *Walter Hungerbühler* stehende Baugenossenschaft nach weiteren Baumöglichkeiten. Diese wurde ihr auf einem dem Kanton gehörenden Terrain geboten.

Die Bauten an der Lindenhofstraße

Seit langem war es das Bestreben der BBB, in Bahnhofnähe eine Kolonie zu errichten.

Bald konzentrierte sich das Interesse der BBB auf dieses in der Nähe des Personen- und des Güterbahnhofs, des Eilguts, der Depots und der Bahnpost gelegene Areal. Am 9. August 1957 konnte der Baurechtsvertrag mit der Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr bereinigt werden. Am 17. Februar 1958 wurde der «erste Spatenstich» zur Ausführung des wiederum von Architekt *Hans Baumann*, FSAJ, projektierten Blocks Lindenhofstraße 33 bis 39 getan. Auch dieses Mal war die Finanzierung von der Eidgenössischen Finanzverwaltung übernommen worden. Verhandlungen mit der PTT über die Kombination des Bauvorhabens mit einer unterirdischen Autoeinstellhalle sowie mit der Kantonalen Pensions-, Witwen- und Waisenkasse über eine von der BBB und vom Nachbargebäude der PWWK gemeinsam zu benutzende Heizanlage führten zum Erfolg.

Diese neuesten Bauten dürfen wohl in ihrer Art als Krönung des bisherigen Wirkens der BBB betrachtet werden. In vier siebengeschossigen Bauten mit zwei Kellern und ausgebautem Sockelgeschoß wurden 56 Wohnungen von zwei bis fünf Zimmern erstellt. Unterirdisch eingelassen, befindet sich eine Autogarage für 60 Wagen, welche heute zum größten Teil von der Post benützt wird. Die Bauten sind aus armiertem Beton erstellt, und die Decken und Wände sind schall- und wärmedicht isoliert. Die Bauten besitzen eine vollautomatische Heizungsanlage für Koks, kombiniert mit der Warmwasseraufbereitung. Die Wohnungen sind komfortabel eingerichtet mit Doppelverglasungsfenstern, Kleinparkettböden, Bad, Küche in Chromstahl und Kühlschrank. Das separate WC, das Bad und die Küche sind ganz geplättelt. Die Waschküchen besitzen vollautomatische Waschmaschinen mit Wäschetrocknungsapparaten (Tumbler). Vom separaten Eingang für die Velos und Kinderwagen gelangt man mit dem Lift bis zu den Wohnungen. Die Treppenhäuser sind geschmackvoll eingerichtet, mit Klinker belegt und beherbergen die Kehrtafelabwurfvorrichtung.

Im September und Oktober 1959 sind die 56 Wohnungen an der Lindenhofstraße bezogen worden. Für Fünzimmerwohnungen werden Mietzinse von 320 bis 380 Franken, für Vierzimmerwohnungen solche von 250 bis 320 Franken und für Dreizimmerwohnungen Mieten von 200 bis 250 Franken verlangt.

Mit den neuesten Bauten ist die Baugenossenschaft des Bundespersonals zu einem respektablen Unternehmen angewachsen. Sämtliche Bauten zusammen weisen einen Anlagewert von über 12 Millionen Franken auf.

Bauherren und Architekten haben das gleiche Interesse

HETTINGER *Basler
Engroslager*

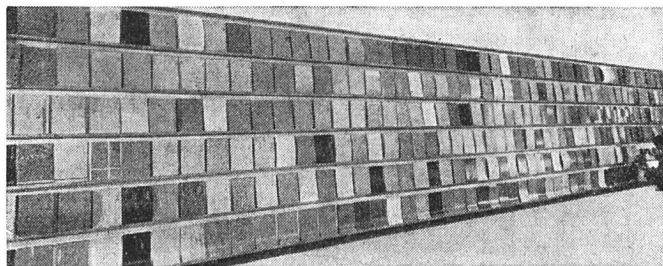
in der Reinacherstr. 129 zu besuchen Tel. 061/35 21 35

Nirgends sonst in der ganzen Schweiz

finden Sie einen SHOW-ROOM mit 400 m² Bodenfläche

*ca. 200 Spannteppiche
ca. 400 Bodenbeläge an
einer riesigen Musterwand
übersichtlich angeordnet*

Diese Einrichtung ist
neu und einmalig



EINKAUF LEICHT GEMACHT!